

Präsident Momper

(A)

lfd. Nr. 1:**Fragestunde gem. § 51 der Geschäftsordnung**

Das Wort zur Mündlichen Anfrage Nummer 1 über das Thema

Bekämpfung der Schwarzarbeit in Berlin

hat Herr Kollege Buchholz. – Bitte schön, Herr Buchholz, Sie haben das Wort!

Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen, meine Herren! – Ich frage den Senat:

1. Teilt der Senat die Aussagen von IHK und Bauwirtschaftsverband, die Schwarzarbeit sei die einzige Boombranche in Berlin, und inzwischen arbeiteten ebenso viele illegal Beschäftigte wie fest angestellte Fachkräfte auf dem Bau?

2. Werden die Baustellen der Hauptstadt ausreichend kontrolliert, und welche Möglichkeiten sieht der Senat in einer Verschärfung von Landes- und Bundesgesetzen, um diese Form der organisierten Kriminalität besser bekämpfen zu können?

Präsident Momper: Für den Senator für Wirtschaft antwortet Frau Staatssekretärin Ahlers. – Bitte schön!

(B)

Frau Ahlers, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Auch wenn ich nicht der Senator für Wirtschaft, sondern die Staatssekretärin für Arbeit und Frauen bin, möchte ich die Frage beantworten.

Die Aussage, die eben gemacht wurde, können wir nicht nachvollziehen. Auch die IHK konnte sie nicht bestätigen. Wir können belegen, dass es in Berlin eine Reihe von Branchen mit beachtlichem Wachstum gibt. Es gibt sie z. B. in der Medien- und Kommunikationswirtschaft mit über 10 000 Betrieben und im Vergleich zu den Medienstandorten München, Köln und Hamburg mit der größten Wachstumsdynamik. In der Industrie können wir ebenfalls kontinuierlichen Umsatzwachstum verzeichnen, z. B. in der chemischen Industrie und im Fahrzeugbau.

Für die Schwarzarbeit sind nur Schätzungen möglich, da sie sich – wie bereits der Ausdruck sagt – im Verborgenen abspielt. Aktuell sagen diese Schätzungen aus, dass es dabei um einen Anteil von 17,1 % des Bruttoinlandsproduktes bundesweit handelt. Für Berlin gibt es ebenfalls entsprechende Schätzungen. Jeder fünfte Euro wird schwarz erwirtschaftet. Die Branchen sind der Baubereich, die Gastronomie und das Fuhr- und Reinigungs-gewerbe. Das liegt etwas über dem Bundesdurchschnitt. Eine Erklärung dafür ist, dass Berlin der größte Ballungsraum ist, den wir haben. Dadurch ergibt sich eine höhere Anzahl von Schwarzarbeit. Der aktuelle Bericht zur Schwarzarbeit, den wir gerade vorgelegt haben, hat nicht ergeben, dass es in den letzten Jahren einen Abbau regulärer Beschäftigung zu Gunsten der Schwarzarbeit gegeben hätte, die mit der Anfrage unterstellt wurde. Beim Bau-

hauptgewerbe gingen die Auftragseingänge seit 1999 sehr zurück. Allein der Rückgang der öffentlichen Bauaufträge liegt bei über 50 %. Das ist jedoch Einsparungen geschuldet und nicht dem Abgang in Schwarzarbeit. In Berlin gibt es gerade durch die GES, die gemeinsame Ermittlungsbehörde Schwarzarbeit,

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

an der die Berliner Kriminalpolizei, die Arbeitsämter, der Zoll und die Steuerfahndung mitwirken, und in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und den Rentenversicherungsträgern eine besonders effektive Ermittlung. Diese Ermittlung hat Maßstäbe gesetzt und ist Vorbild für Hamburg und Bremen, die eine ähnliche Einrichtung installiert haben. In Berlin wird durchschnittlich jede Stunde an 365 Tagen mindestens eine Baustelle bzw. eine Betriebstelle kontrolliert. Das ist eine beachtliche Zahl.

Im Jahr 2002 ist ein Gesetz zu Erleichterung der Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit erlassen worden. Wir haben dabei aktiv mitgewirkt. Seitdem haften Generalunternehmen im Baubereich für die Subunternehmer, d. h. es ist eine entsprechende Verfolgung der Arbeitgeber und nicht nur der kleinen Arbeitnehmer möglich. Auch im Berliner Vergaberecht gibt es eine Verpflichtung zu Entlohnung nach geltenden Tarifen und einen Ausschluss von der Vergabe für die öffentlichen Aufträge bis zu zwei Jahren, wenn sich die Unternehmen nicht daran halten. Es gibt im Entwurf ein neues Bundesgesetz, das uns zwar noch nicht vorliegt, das wir jedoch in den nächsten Wochen erwarten, um es beurteilen zu können. Eine Veränderung darin wird sein, aus der Ordnungswidrigkeit Schwarzarbeit einen Straftatbestand zu machen. Vom Prinzip her begrüßen wir das und glauben, dass das mit dazu beiträgt, die Schwarzarbeit bekämpfen zu können. Andererseits sind wir der Auffassung, dass es wichtig ist, eine Bewusstseinsveränderung hervorzurufen, da Schwarzarbeit bei sehr vielen als Kavaliersdelikt gilt und nicht als wirkliche Straftat.

Präsident Momper: Danke schön, Frau Staatssekretärin! – Der Kollege Buchholz hat eine Nachfrage. – Bitte!

Buchholz (SPD): Frau Staatssekretärin! Glauben Sie angesichts der von Ihnen beschriebenen Maßnahmen auf Bundesebene bezüglich der Gesetzesverschärfung, aber auch angesichts der verstärkten Kontrollen, die in Berlin kommen werden, dass es tatsächlich eine merkliche Minderung der Schwarzarbeit in Berlin geben kann?

Präsident Momper: Frau Staatssekretärin – bitte!

Frau Ahlers, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Das ist schwierig zu beantworten, inwieweit sich das tatsächlich auswirken wird. Aber ich gehe davon aus, dass, wenn wir eine Verschärfung haben, wir damit auch eine Verminderung der Schwarzarbeit haben werden. Natürlich müssen wir auch im präventiven Bereich tätig sein und uns z. B. im Ausländerrecht Gedanken zu den Arbeiterlaubnissen ma-

(C)

(D)

Frau StS Ahlers

(A)

machen. Das tun wir in unserem Haus, wir machen uns dazu Gedanken und überprüfen verschiedene Möglichkeiten, wie wir präventiv gegen Schwarzarbeit vorgehen können. Das spielt alles sich auf Bundesebene ab,

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

d. h. wir müssen mit anderen Bundesländern – und wollen das auch – zusammenarbeiten.

Präsident Momper: Herr Buchholz hat eine weitere Nachfrage. – Bitte!

Buchholz (SPD): Frau Staatssekretärin! Sie haben beschrieben, dass im Augenblick im Schnitt eine Kontrolle von Baustellen pro Tag stattfindet. Ist es eventuell möglich, mehr Kontrollen insbesondere auf Baustellen durchzuführen?

Präsident Momper: Frau Staatssekretärin Ahlers – bitte!

Frau Ahlers, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Es ist nicht eine Kontrolle pro Tag, sondern an 365 Tagen im Jahr wird durchschnittlich jede Stunde am Tag eine Bau- bzw. Betriebsstelle kontrolliert. Eine Erhöhung ist möglicherweise machbar, aber es ist bereits ein sehr hoher Schnitt, den wir in Berlin erreichen.

(B)

Präsident Momper: Danke schön! – Jetzt ist Frau Klotz dran. – Bitte schön, Frau Klotz!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Vor dem Hintergrund, dass es seit Jahren einen fraktionsübergreifenden Konsens dazu gab und gibt, dass Personal aus dem Überhang für Kontrollen eingesetzt werden soll, frage ich Sie, Frau Staatssekretärin Ahlers, wie viel Personal aus dem Überhang wird von Seiten des Senats real bei solchen Kontrollen eingesetzt?

Präsident Momper: Frau Staatssekretärin Ahlers – bitte!

Frau Ahlers, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Danke! – Frau Abgeordnete Klotz! Es werden zurzeit in diesem Bereich regulär 12 Überhangkräfte eingesetzt, die die Sachbearbeitung unterstützen. Wir haben relativ viele Probleme gehabt, Überhangkräfte dafür zu gewinnen. Möglicherweise wird der Stellenpool das erleichtern.

Präsident Momper: Eine weitere Nachfrage des Kollegen Niedergesäß – bitte!

Niedergesäß (CDU): Frau Staatssekretärin! Sie haben sehr salbungsvoll erzählt, wie wirksam die Maßnahmen angeblich sind, die Sie durchführen. Fakt ist aber, dass wir seit zehn Jahren eine ständige Zunahme haben. Kann es sein, dass die Kontrollen, die Sie durchführen, völlig an der Sache vorbei gehen? Sie haben bereits erwähnt, dass Sie das Strafrecht einführen wollen. Kann es sein, dass

wirklich härter durchgegriffen werden muss, weil diese Kiste den Markt in Deutschland und Berlin völlig deformiert und letztendlich diejenigen, die die Leute beschäftigen, sofort hinter Schloss und Riegel zu setzen sind. Sind Sie mit mir da einer Meinung?

(C)

Präsident Momper: Frau Staatssekretärin Ahlers!

Frau Ahlers, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Ich sagte bereits, dass auf Bundesebene geplant ist, aus der Ordnungswidrigkeit einen Straftatbestand zu machen. Das finde ich besonders bei Wiederholungstätern und Taten im großen Ausmaß durchaus sinnvoll. Ich halte es nicht für sinnvoll, bei kleinen Bereichen oder die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen selbst hart zu bestrafen. Wir müssen an die Auftraggeber heran, an die Generalunternehmer, sie angemessen bestrafen. Die Bußgelder sind bereits erhöht worden. Durch ihre Erhöhung ist in Berlin innerhalb von einem Jahr eine Steigerung von 124 % gelungen. Selbstverständlich werden nicht nur die repressive Ahndung und Kontrolle Schwarzarbeit eindämmen. Es ist eine Methode, die andere ist die im präventiven Bereich, die ich bereits erwähnte.

Präsident Momper: Danke schön, Frau Staatssekretärin!

(D)